

Rudolf Walther

Privatisierung, politische Umpolung, Kooperation

Irrwege zur Rettung des Qualitätsjournalismus

Wer die Schweiz als Schweizer in der Schweiz kritisiert, wird ignoriert. Kritisiert ein Schweizer die Schweiz im oder aus dem Ausland, wie jüngst der Schriftsteller und Essayist Lukas Bärfuss, dann gilt er Berufsschweizern nicht nur als »denkschwach« – was der Literaturwissenschaftler Peter von Matt anmerkte – wie die Kritiker von innen, sondern obendrein als Nestbeschmutzer. Das hätte Bärfuss wissen können, als er seinen Rundumschlag »Die Schweiz ist des Wahnsinns« ausgerechnet in der FAZ drucken ließ (15.10. 2015).

Das besonders Interessante an Bärfuss' Kritik ist jedoch nicht sein Rundumschlag gegen die Schweiz in toto, sondern es sind die medienpolitischen Passagen und Akzente. Diese treffen nämlich nicht allein auf die Schweizer Medien zu, sondern ebenso auf deutsche, französische oder italienische. Die Kritik des Autors zielt auf den Medienbetrieb, so wie er in ganz Europa funktioniert. Die USA bleiben in seiner Kritik unberücksichtigt, denn dort ist die Entwicklung schon so durchkommerzialisiert, dass nennenswerte gedruckte Produkte des Qualitätsjournalismus an etwa zwei Händen abzuzählen sind.

Drei Aspekte von Bärfuss' Medienkritik sind bemerkenswert.

Erstens: »Erhaltung des Qualitätsjournalismus« durch Privatisierung der Inhalte? 2003 wollte der Zürcher Medienkonzern Tamedia seine 1941 von Arnold Kübler gegründete, renommierte Zeitschrift »Du. Die Zeitschrift der Kultur« verkaufen. Über ein Dutzend Interessenten wurden genannt und einige befürchteten, Tamedia werde seine Edelboutique an den Hauptkonkurrenten, den Großkonzern Ringier, abstoßen. Der könnte dann Verluste steuer-

sparend verrechnen, aber die Zeitschrift sonst am langen Arm verhungern lassen. Tamedia verkaufte »Du« schließlich an den kleinen, aber feinen Niggli Verlag in der ostschweizerischen Provinz, einen Fachverlag für Architektur-, Kunst- und Design-Bücher mit gutem Ruf. Der Verlag demonstrierte, der neue Besitzer plane eine Fusion mit einer anderen Zeitschrift, um die Kosten für eine ganze »Du«-Redaktion einzusparen und das Defizit von »Du« zu verringern. Verkäufer und Käufer erklärten, »das Weiterbestehen von ›Du‹ langfristig gewährleisten« zu wollen. Einigermassen rätselhaft waren die Auskünfte zur Zukunft der »Du«-Redaktion (mit insgesamt 13 Stellen).

Ergebnis dieses angeblich qualitätssichernden Deals: Die »Du«-Redaktion besteht faktisch nicht mehr, dafür kann jetzt jeder, der 60.000 Franken zu investieren bereit ist, eine komplette Nummer des Blattes für sich buchen und füllen, womit er will und – nebenbei – den Kaufpreis für sein »kulturelles Engagement« als »Betriebsausgabe« steuerlich absetzen.

Zweitens: »Erhaltung des Qualitätsjournalismus« durch politische Umpolung? Der seit 1780 ununterbrochen existierenden Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) – in mancher Hinsicht immer noch ein Weltblatt – geht es wie fast allen Printmedien schlecht. Um sich aus dem ökonomischen Sumpf zu ziehen, inszenierte eine Fraktion im Aufsichtsrat einen Putsch. Der liberale Chefredakteur wurde beiseite gedrängt und sollte durch Markus Somm, einen bekennenden Anhänger des Rechtspopulisten und Souveränitätsfanatikers Christoph Blocher ersetzt werden, der sein Milliardenvermögen zwar auf dem Weltmarkt verdiente, aber die Schweiz gegen das Fremde

und Andere abdichten möchte. Gegen diesen Putsch wehrten sich über 200 Redakteurinnen und Redakteure öffentlich und mit ihrer Unterschrift. Daraufhin kapitulierten die Putschisten von rechts, die das Blatt vom Kopf her politisch disziplinieren wollten.

Ein paar Monate nach dem Scheitern des Putsches gelang dafür die fast lautlose Ersetzung des liberalen NZZ-Feuilletonchefs Martin Meyer durch André Scheu, einen politisch weit rechts einzuordnenden Konformisten. Der ließ sich sein Blatt Schweizer Monat unter anderem von einem wegen Steuerhinterziehung in Schwierigkeiten geratenen Privatbankier mit kulturellen Ambitionen finanzieren, wie Bärzfuss anmerkte. Scheu fiel dazu in seiner Antwort an Bärzfuss nur der Unsatz ein: »Sie haben verlernt, wie ein Mensch zu agieren.« Aber abgesehen vom intellektuellen Niveau dieser Rechtfertigung ist es erfreulich, wie eine Redaktion durch solidarisches öffentliches Auftreten einen Rechts-Putsch bei der NZZ verhindert hat.

Drittens: Qualitätserhaltung durch »Kooperation«? Im Tamedia-Konzern erscheint auch der ehemals linksliberale Tages-Anzeiger. Weil der Konzern über die Hälfte seines Umsatzes nicht mehr im Printgeschäft verdient, sondern mit allerhand Netzaktivitäten, musste die Zeitung »saniert« werden, mit Stellen-, Honorar- und Etatkürzungen. Medienkonzerne von Springer, über Ringier bis zu Tamedia folgen dem gleichen Rezept: Print-Journalismus ist zu teuer, bringt keinen Profit mehr und ist nur noch ein Auslaufmodell. Deshalb steigern die Konzerne den Anteil an Digital-Geschäften mit dem Geld, das sie dem Printsektor entziehen. Das lässt Printme-

dien ausbluten, ohne die Qualität des Digitaljournalismus anzuheben, denn das Netz-Engagement der Konzerne hat mit Geldverdienen viel, mit Journalismus fast nichts mehr zu tun. Bei Springer, der als Vorbild gilt, beträgt der Anteil der Netz-Geschäfte bereits 60 %. À la longue wollen dieses Ziel auch Ringier und Tamedia erreichen. Tamedia investierte in den letzten Jahren eine Milliarde Franken in digitale Märkte und trocknete dafür den Tages-Anzeiger förmlich aus – bis zur Schrumpfung des Chefredakteurspostens auf eine halbe Stelle. Im Unterschied zur NZZ, wo die Redaktionsmitglieder Front gegen die kapitalistische Rationalisierung und die politische Umpolung des Betriebs machten, verhielt sich die Redaktion des Tages-Anzeigers opportunistisch gegenüber der Geschäftsleitung und schieg zu den Entlassungen und zur finalen »Freistellung« der ohnehin schon »freien« Mitarbeiter. Diese wie auch die Auslandskorrespondenten wurden ersetzt durch »Kooperations«verträge des links-liberalen Zürcher Blattes mit zum Teil stockkonservativen Zeitungen wie LE FIGARO, DIE WELT und LE SOIR. Man druckt jetzt in Zürich einfach kostengünstig nach, was die rechten »Kooperations«blätter gerade so anbieten.

Protest, geschweige denn Widerstand, hat die Zürcher Redaktion gegen diese Form der »Kooperation« nicht eingelegt. Sie reagierte auf Bärzfuss' Kritik wie Schoßhunde von Arbeit»gebern« – laut bellend, vermeintliche Besitzstände verteidigend.

Die drei genannten Beispiele für die Beerdigung des Qualitätsjournalismus sind eines mit Gewissheit nicht – helvetische Sonderfälle.



Rudolf Walther

ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt am Main. Unter dem Titel *Aufgreifen, begreifen, angreifen* ist zuletzt der vierte und letzte Band der Reihe mit seinen Arbeiten im Oktober-Verlag erschienen.

rudolf.walther@t-online.de